

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 10, und bei den Depots 2 Rm., bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs 2 M. 50. Pf.

Insertionsgebühr

die 5 gespaltene Petritzeile oder deren Raum 10 Pf
Inseraten-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 10.
Heinrich Neß, Coppernicusstraße.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Annahme auswärts: Strasburg: A. Führich. Nowrzlaw: Justus Wallis, Buchhandlung Neumarkt: J. Köpke. Graudenz: Gustav Röhe. Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Lüsten.

Redaktion und Expedition:
Brückenstraße 10.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Hosenstein u. Vogler, Rudolf Mosse, Bernhard Arndt, Mohrenstr. 47. G. L. Daube u. Co. und sämtliche Filialen dieser Firma Kassel, Coblenz und Nürnberg rc.

Wahlaufruf
der deutschen freisinnigen Partei.

Gesinnungsgenossen! Der Reichstag ist aufgelöst. Die Mehrheit der Volksvertretung hat der von der Reichsregierung geforderten Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 41 000 Mann zugestimmt. Trotz schwerer Bedenken hat die freisinnige Partei in entscheidender Weise zur Bildung dieser Mehrheit beigetragen.

Jetzt wird hierüber ein erbitterter Wahlkampf eröffnet, und dies geschieht, weil man es dem Volke verweigern will, nach 3 Jahren wiederum eine Einwirkung auf das Maß der militärischen Lasten auszuüben.

Wir dagegen wollen dem künftigen Reichstag das Recht nicht beschränkt wissen, eine Ablösung der Dienstzeit und eine Erleichterung der Steuerlast zu erwirken.

Die Ablehnung dieses Verlangens ist ein unberechtigtes Misstrauensvotum gegen das deutsche Volk. Unsere Gegner versagen dem Volk das Vertrauen, daß es in den Reichstag Männer wählen werde, welche, sowie bisher, auch künftig das zum Schutze des Vaterlandes Nothwendige zu gewähren bereit sind.

Aber alle konstitutionellen Einrichtungen beruhen auf solchem Vertrauen. Ohne dasselbe ist nur ein absolutes Regiment oder der leere Schein einer konstitutionellen Regierung denkbar.

Eine ohnmächtige Volksvertretung würde gewiß jenen Plänen nicht Widerstand leisten, deren Durchführung in den Augen unserer Gegner der wahre Preis des Sieges in dem bevorstehenden Wahlkampf sein soll:

Branntweinmonopol. Tabaksmonopol, eine weitere Belastung der ärmeren Volksklassen durch höhere Besteuerung des Massenverbrauchs. Eine Verwirklichung unseres Vorschages, im Interesse der Gerechtigkeit die Wohlhabenderen durch eine Reichsein kommensteuer zur Deckung des Mehraufwandes für die Armee heranzuziehen, wäre ausgeschlossen. Aus einer reaktionären Mehrheit würden sicherlich, wenn auch heute verlängert, die Pläne wiederum erstehen, welche sich gegen die volksthümlichen Grundlagen unserer Reichsverfassung, insbesondere gegen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht lehnen.

Wähler! Gehen wir unabirrt in den Kampf für die Vertheidigung von Freiheit, Recht und Verfassung durch selbständige unabhängige Volksvertreter in Treue zu Kaiser und Reich!

Berlin, 15. Januar 1887.
Namens des Zentralwahlkomitees der
deutschen freisinnigen Partei:
Bamberger. Barth. Hänel. Hugo
Hermes. Parisius. Eugen Richter.
Ridert. Schrader. Freiherr Schenk
v. Stauffenberg. Virchow.

Ein authentischer Kommentar zu der
Auflösung des Reichstags.

Die Rede, mit welcher Minister v. Puttkamer die Landtagssession eröffnete, enthält zwar keine Silbe von der Auflösung des Reichstags und dem Militärgezüge, welches angeblich die Auflösung veranlaßt hat; deshalb deutlicher aber weist die Rede auf die wirklichen Gründen hin, welche die Unzufriedenheit der Regierung mit dem bisherigen Reichstage veranlaßt haben. Der Reichstag hat sich den Steueranträgen der Regierungen, den Tabak- und Branntweinmonopolprojekten gegenüber zu zurückhaltend erwiesen. Die Millionen, sagte Minister v. Scholz kürzlich im Reichstage, liegen auf der Straße; aber der Reichstag wollte sich

nicht bemühen, sich zu bücken, um sie aufzuhaben. Die Mehrheit des Reichstags hat aber bedacht, daß die Millionen nicht auf der Straße, sondern in den Taschen der Steuerzahrenden sich befinden und daß es besser sei, aus den Taschen der Reichen, als aus den ohnehin spärlichen Taschen der Arbeiter zu nehmen. Darauf wollte sich die Majorität um so weniger einlassen, als die Regierung die finanziellen Mittel nicht nur zur Deckung von Mehrausgaben forderte, sondern, wie es auch jetzt wieder in der Thronrede heißt, eine Änderung der Art der Beschaffung des öffentlichen Geldbedarfs bezüglich besserer Vertheilung der Kommunal- und Schullasten, d. h. die Abwälzung derselben auf die minder begüterten Klassen. Wie in der Reichstagsöffnungsrede, wird auch dem Landtage gegenüber der Verzicht auf erneute Anträge beim Reich durch die abweisende Aufnahme der bisherigen Anträge (d. h. der Monopolprojekte) und mit der Erwähnung gescraftigt, daß die Bedürfnisse, um die es sich handelt, sich bei den Wählern und den Gewählten zum Reichstage nachdrücklicher geltend machen müssen, bevor auf zum Bielle fühlende Verhandlungen mit dem Reichstage gehofft werden können. In der Erwartung, daß diese Vorbedingung sehr bald erfüllt werde, beantragt der Finanzminister, das Defizit, welches im nächsten Jahre auf 28,5 Mill. Mark (ohne Rücksicht auf den Anteil Preußens an den Mehrausgaben im Militärgezüge) liegen wird, — auf dem Wege der Anleihe zu decken; und das, obgleich im Jahre 1887/88 die eigenen Einnahmen Preußens noch um 2,445 205 M. hinter den Einnahmen des Vorjahres — von der Anleihe abgesehen — zurückbleiben. Die Öffnungsrede enthält interessante Andeutungen zur Charakteristik dieser „Anleihepolitik.“ Im Etat 1885/86 ist zum ersten Male wieder seit der Hollarsirevision eine Anleihe zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben notwendig geworden; nichtsdestoweniger hat die Rechnung des Etatjahr 1885/86 mit einem Überschuss von 7 Mill. Mark abgeschlossen, der zur Tilgung der Staatsbahnhuschuld verwendet worden ist. Thatsächlich ist also diese Mehrtilgung der Eisenbahnschuld durch Aufnahme einer neuen Staatsanleihe erfolgt! „Das laufende Etatjahr, bemerkte die Thronrede, wird mit Hülfe der im Etat vorgesehenen ergänzenden Einnahmen aus der Anleihe noch allen bisherigen Wahr-

nehmungen „in ähnlich befriedigender Weise abschließen.“ Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Reichsetat. Der neue Staatssekretär im Reichsschahamt, Dr. Jakobi, hat bei der ersten Lesung des Etats in der Reichstagsitzung vom 30. November v. J. gesagt: „Wagen wir in diesem Sinne für die bisher behandelten drei Etatsjahre Matrikularbeiträge und Überweisungen an die Einzelstaaten gegen einander ab, so ergiebt sich, daß für das Jahr 1885/86 13 Millionen von den Bundesstaaten mehr zu empfangen als zu zahlen waren, daß für das Jahr 1886/87 diese Mehrauszahlungen auf 15,4 Mill. M. zu schätzen sind und daß sich dieselben für das Jahr 1887/88 auf den allerding sehr bescheidenen Betrag von 686,000 M. reduzieren.“ Dieser Abschluß ist natürlich nur ein vorläufiger. Im Reichsetat für 1887/88 ist ein Defizit aus dem Jahre 1885/86 in Höhe von 24 Mill. M. enthalten. Unter diesen Mehrausgaben befindet sich eine Summe von 6,9 Mill. M., welche zur Komplettierung des Waffenmaterials und zu Garnisonbauten in Saarburg verwendet worden ist. Diese Ausgaben wären, so bemerkte Staatssekretär Jakobi, bei stattfindender Vorausbewilligung durch Anleihe zu decken gewesen. Geachtet das, wie selbstverständlich, noch nachträglich, so vermindert sich das Defizit um die erwähnten 7 Mill. Mark und der Theil der Überweisungen, der den Einzelstaaten verbleibt, erhöht sich in 1887/88 von 686,000 Mark auf 7,655,000 M., so daß auch das Defizit für das nächste Etatjahr auf 21 Mill. Mark, d. h. noch unter dasjenige des im laufenden Etat vorgesehene heraufgeht. Ferner hat der Staatssekretär im Reichsschahamt ausdrücklich anerkannt, daß der Fehlbetrag im Etat zu einem erheblichen Theile dadurch herverursacht ist, daß die Wirkungen der Zuckersteuernovelle noch erst später voll zur Geltung kommen werden und dadurch, daß der Ertrag der Stempelabgaben hinter dem Voranschlag erheblich zurückgeblieben ist. Zu einer durchgreifenden Reform der Zuckersteuer, welche noch 30—40 Mill. M. ergeben könnte, ist die Majorität des Reichstags jederzeit bereit gewesen; die Regierung hat aber nicht gewollt. Um so weniger kann sie heute die Budgetverhältnisse damit entschuldigen, daß der Reichstag das Tabak- und Branntweinmonopol abgelehnt hat. Erhebliche Mehreinnahmen im Reiche würden nur erforderlich sein, zur Deckung der Aus-

Zenilleton.

Die Erbin von Wallersbrunn.
Original-Roman von Marie Romany.

11.) (Fortsetzung.)

VII.

Der Tag neigte sich dem Ende zu. Mit versengender Glut hatte während der Mittagstunden die Augustsonne ihre Strahlen auf Land und Wasser niedergependet. Menschen und Thiere dichteten und auch die halbverdornte Natur lechzte nach der Kühlung, welche durch das schwache Wehen des Südwestwindes, der sich erhoben hatte, nur in geringem Maße geboten ward.

In St. Salvatore — wie dies ja in Italien während der heißen Monate durchgängig der Fall ist — hatte man die Mittagsstunden zur Ruhe verwandt; jetzt, da die lang fallenden Schatten einen wohlthundernden Aufenthalt im Freien gewährten, entfaltete sich Leben; die Wärter beilten sich, die niedereren Klassen der armen Leidenden zu freiem Genuss der Abendluft in die Hofräume zu führen und die nicht minder unglücklichen Insassen jener elegant möblierten Gellen sah man in den Park anlagen spazieren gehen.

Direktor Rimoli persönlich war nicht dabei. Wie gewöhnlich um die Nachmittagsstunden, verweilte er in seinem Privatbüro, wo er sich

mit Abrechnungen und Korrespondenzen, die seine Aufmerksamkeit in vollem Maße in Anspruch zu nehmen schienen, beschäftigte. Eine Miene war nicht die heiterste.

Mit funkelndem Auge, die Brauen zusammengezogen, betrachtete er Papiere, deren Inhalt ihm nicht recht zu behagen schien. Sie mußten von peinigendem Interesse für ihn sein, diese Dokumente, die er zum wiederholten Male eingehend prüfte, denn die Brust des sonst so glatten Weltmannes wogte und den zusammengebißenen Lippen entglitt hin und wieder ein Fluchen; so sehr war er in die Veranschaulichung der vor ihm liegenden Papiere vertieft, daß er nicht bemerkte, wie ein Lakai, nachdem er sich wiederholt unterhänigt verneigt hatte, seines Besuchs gewäßig, in der offenen Thür stehen blieb.

Blößlich, doch für einen Moment nur, blickte er auf.

„Ah, Bernardo!“ rief er unwirsch, da er des Burschen ansichtig wurde, „was ist es? weshalb kommst Du?“

Der Diener stammelte so etwas wie Vergebung, dann trat er vor und überreichte auf einem silbernen Tellerchen eine Karte, deren Ausschrift der Direktor mit gieriger Hast überflog.

Wie durch einen Zaubertrank hervorgerufen,klärte die Miene des Geschäftsmannes sich auf.

„Alice von Waldheim!“ rief er in nicht

zu verkennendem Begegnen. „So ist es die Dame selbst, die um Unterredung ersucht?“ Der Lakai bezahlte.

„Vorläufig! ganz das Objekt meiner Beobachtung!“ — der Direktor mochte für den Moment vergessen haben, daß er nicht mit sich allein war — „ganz vorläufig! nichts hätte sie mir geschickt in die Nähe geführt! — In den Empfangsalon,“ warf er nach einer kleinen Pause, sich des Dieners erinnernd, in der ihm zur zweiten Natur gewordenen despotischen Weise hin.

Der Lakai machte seinen Kratzfuß und ging.

„Ausgezeichnet! vorzüglich! ganz vorzüglich!“ wiederholte Carlo Alfonso abermals mit jubelnder Miene; „diese Besitzt sagt mir, daß ich, wie in jedem Falle, Meister des Verhältnisses bin! Haha!“ lachte er, „Alice von Waldheim! wie weit wird ihre Einsicht gediehen sein! sie wird so gut wie garnicht über die Angelegenheit im Klaren sein!“

Er bewegte sich, indem die verschiedensten Betrachtungen über die in Frage stehende Gelegenheit ihm pfeilschnell durch das Hirn gingen, einige Male im Gemache auf und nieder, dann trat er vor den Spiegel, um seine Toilette zu arrangieren, so daß nicht das Geringste an seinem Exterieur auszusehen wäre, nahm etickettevoll den Hut in die Rechte und verließ das Büro.

Alice von Waldheim betrat unterdessen den Empfangsalon.

Es waren zwei Tage vergangen, seitdem

sie in Crovigno die für sie so verhängnisvolle Nachricht eingeholt hatte; zwei lange Tage hatte sie unter dem sie bewältigenden Gefühl der Erbärmlichkeit, in welche das Schicksal ihr junges Leben so schamlos hinabgestoßen, allein, nur ihren Beträstungen folgend, im Gasthof verbracht. Doch ihr Grübeln war fruchtlos. Es fand sich kein Mittel, welches ihr Auflösung über den Zustand des in St. Salvatore Gefangenen gebracht haben würde, und so blieb ihr endlich nichts mehr, als den einzigen, ihr offenen Weg zu betreten, in die Anstalt zu gehen.

Mit zitterndem Bangen hartrie sie des Augenblicks, in welchem Dr. Rimoli ihr entgegentrat. Das Gefühl der Erbärmlichkeit, das während der letzten Wochen mit eisernem Druck auf ihr lastete, wuchs zu riesiger Gewalt bei dem Gedanken, sich dem Direktor des Irrenhauses, in dessen Mauern Ludwig von Erlenburg weilte, gegenüber zu sehen. Alice kannte nicht den Direktor; sie hatte keine Ahnung, ob und wie weit er an der Schuld, die ihr Dasein ruinirte, beteiligt war; aber ein Gefühl, daß ihr Herz krampfhaft umfangen hielt, sagte ihr mit Gewissheit, sie, daß unerfahren, für die Anschauung der Welt durchaus für dum zu erachtende junge Wesen, werde ihm gegenüber nur die Beschämte, die mit Schuld Belastete, die Gedächtnisse sein.

(Fortsetzung folgt.)

gaben, welche das neue Militärgesetz und die auch von der „Opposition“ bewilligte Erhöhung der Friedenspräsenziffer um 41,000 Mann vom 1. April d. J. ab nach sich ziehen würde. Die freisinnige Partei hat sich nicht nur bereit erklärt, die entsprechenden 22 Millionen zu bewilligen, sie hat auch den Weg gezeigt, wie diese Mittel zu beschaffen sein würden, ohne die arbeitenden Klassen, welche unter der Militärlast am meisten leiden, auch noch finanziell zu belasten; nämlich die Einführung einer Reichseinkommensteuer. Die Eröffnungsrede aber will für die bereits vorhandenen, wie für die weiteren Bedürfnisse lediglich durch „Entwicklung der Reichsgesetzgebung überwiesene indirekten Steuern“ Deckung schaffen, d. h. durch Steuern, welche die arbeitenden und minderbegüterten Klassen finanziell ebenso schwer treffen, wie der Militärdienst dieselben persönlich belastet. Wo bleibt da das Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit?

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar.

Am Ministerische: Niemand.

Unmittelbar zu der Eröffnung des Landtags im Weißen Saale schließt sich die erste Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses. Der Saal ist schwach belebt.

Präsident der vorigen Session v. Kölner übernimmt den Vorsitz mit folgenden Worten: Nach unserer Geschäftsordnung fällt mir die Aufgabe zu, so lange die Geschäfte des Präsidiums zu führen, bis der Präsident gewählt ist. Ich übernehme in Folge dessen den Vorsitz, eröffne die Sitzung und fordere Sie auf, wie immer, so auch heute, bei Beginn unserer Verhandlungen Beugnis davon abzulegen, daß die Verhandlungen dieses Hauses alle Zeit geführt werden in Erfurth, Treue und Ergebenheit gegen unseren König und Herrn. Se. Majestät der Kaiser und König lebe hoch! (Die Anwesenden stimmen drei Mal begeistert in diesen Ruf ein.) Den provvisorischen Schriftführern verweise ich die Abg. Böck, Imwalle, Schmidt-Sagan, Wozewski.

Angemeldet sind 276 Mitglieder, das Haus ist also beschlußfähig.

Dem Rufs früherer Jahre gemäß wird die Verlosung der Mitglieder in die Abtheilungen dem Bureau überlassen und soll dieselbe nach Schluss der Sitzung vorgenommen werden.

Die nächste Sitzung beraumt der Präsident auf Montag 11 Uhr an mit der Tagesordnung: Wahl der Präsidenten und Schriftführer. Schluss 1½ Uhr.

Herrenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar.

Am Ministerische: v. Puttmamer, Dr. Friedberg.

Der Präsident der vorangegangenen Session, Herzog v. Ratibor, eröffnete die Sitzung mit folgenden Worten: Meine Herren! Auf Grund unserer Geschäftsordnung übernehme ich den Vorsitz. Bevor wir in unsere Geschäfte eintreten, lassen Sie uns, wie es bei uns Sitte ist, den Gefühlen der Treue, Unabhängigkeit, Ergebenheit und Verehrung gegen Se. Majestät unsern Allergnädigsten König Ausdruck geben, indem Sie mit mir einstimmen in den Ruf: Seine Majestät der Kaiser, unser Allergnädigster König und Herr lebe hoch — und nochmals hoch — und abermals hoch! Die Mitglieder erheben sich und stimmen dreimal mit Begeisterung in den Ruf ein.

Der zur Feststellung der Beschlussfassung vorgenommene Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 108 Mitgliedern; das Haus ist also beschlußfähig.

Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Präsidiums und der Schriftführer.

v. Kleist-Reckow: Ich erlaube mir den Vorschlag, daß das bestehende Präsidium durch Ablamierung wiedergewählt wird.

Es widerspricht Niemand. Die bisherigen Mitglieder des Präsidiums nehmen sämtlich die Wahl an. Eingegangen ist ein Gesetzentwurf über die Auseinanderziehung gemeinschaftlicher Angelegenheiten im Regierungsbezirk Breslau. Derselbe wird der verstärkten Agrarkommission überwiesen.

Präsident Herzog v. Ratibor: Der Frhr. von Solemacher-Antweiler hat mir einen Antrag überreicht, der dahin geht, eine Adresse an Se. Majestät den Kaiser und König zu richten. Ich glaube, nach der bestehenden Geschäftsordnung nicht anders verfahren zu können, als daß ich den Antrag mit den Motiven, die er mir überreicht hat, drucken lasse und ihn am Montag auf die Tagesordnung setze und daß dann die weiteren Beschlüsse des Hauses darüber gesetzt werden können. (Siehe Deutsches Reich.)

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Antrag Solemacher.) Schluss 1½ Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 17. Januar.

Der Kaiser arbeitete am vergangenen Sonnabend zunächst längere Zeit allein, nahm den Vortrag des Grafen Berponcher entgegen und empfing den Prinzen Friedrich Wilhelm zu Hohenlohe, den Kriegsminister und den Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode. Später arbeitete der Kaiser noch einige Zeit mit dem General v. Albedyll.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgendes Alerhöchste Kabinettsordre:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen &c. verordnen auf Grund der Bestimmung im § 14 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869, im Namen des Reichs, was folgt:

Die Wahlen zum Reichstage sind am 21. Februar 1887 vorzunehmen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen In-

sigel.

Gegeben Berlin, den 14. Januar 1887.

(L. S.) Wilhelm.

von Bismarck.

— Im Herrenhause, welches sich am Sonnabend unter Wiederwahl des bisherigen Präsidiums, Herzog von Ratibor, Graf Arnim-

Bothenburg, Prof. Betschler konstituiert hat, hat Freiherr von Solemacher-Antweiler, Schloßhauptmann von Brühl und kgl. Kammerherr mit Unterstützung der Herren von Kleist Reckow u. s. w. den Antrag auf Erlass einer Adresse an den König eingebrochen. Ueber die geschäftliche Behandlung wird am Montag beschlossen. Der Antrag wird dann einer Kommission überwiesen, welche um so rascher arbeiten kann, als Herr von Kleist-Reckow den Entwurf der Adresse bereits fertig hat und die konservative Fraktion über die Majorität im Herrenhause versucht. Nach uns zugehenden Informationen soll die Adresse an das Reichstagstumekommen des Militärgesetzes im Reichstage anknüpfen und, natürlich in ganz zufälliger Uebereinstimmung mit der Erklärung des Reichskanzlers in der Freitagssitzung des Reichstags, die Bereitwilligkeit des Herrenhauses aus sprechen, dem Kaiser als König von Preußen die Mittel zum Schutz des gemeinsamen Vaterlandes an Stelle des aufgelösten Reichstags zur Verfügung zu stellen. Wie im vorigen Jahre in Folge des Beschlusses des Reichstags in der Frage der Polenausweihungen, wird jetzt gegen die Majorität des Reichstags im Herrenhause und voraussichtlich auch im Abg.-Hause mobil gemacht. Die Wähler werden aber wissen, daß das Militärgesetz nur deshalb nicht zu Stande gekommen ist, weil die Regierung dasselbe aus den Händen der Opposition für eine dreijährige Frist nicht annehmen wollte. Die Nothlage, für welche das Herrenhaus seine Hülfe anbietet, ist künstlich geschaffen. Aber die Herren v. Kleist-Reckow und Gen., diese Träger der altpreußischen Reaktion, beobachten diese Situation, um ihren Hass gegen den Liberalismus, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht und alle volksbüttlichen Institutionen des deutschen Reiches zu befriedigen.

— Nach dem dem Abgeordnetenhaus bereits zugegangen Etatzen wird pro 1887/88, soll das Defizit von 28½ Mill. M. durch Anleihe gedeckt werden. Bei der Eisenbahnverwaltung sind 8½ Mill. Mindereinnahme und 16½ Mill. Minderausgabe. Die direkten Steuern ergeben 2 Mill. mehr, die Bergwerksverwaltung 1½ Mill. weniger. Die Mehrausgaben des Ordinariums betragen 3½ Mill., darunter 458 000 M. für Pensionen der Volksschullehrer, 330 000 M. Vergütung für die Nebenbeschäftigung der Bauinspektoren, 150 000 M. Verstärkungsson für die Fortbildungsschulen in Polen und Westpreußen in 40 Städten unter 2000 Einwohner. Speziell zu erwähnen ist die erste Rate von 300 000 M. zum Ausbau der Weichselmündung bei Neustadt. Richtig sei ein Woolenbau am rechten östlichen Ufer, sowie Coupurungen und Buhnen am linken Ufer, welche 720 000 M. kosten und 1889 beendigt sein sollen. Für die Weichsel und Nogat wird auf Grund einer früheren Denkschrift die laufende Ausgabe von 2 Mill. M. gefordert. Für die Fertigstellung der Westmoole in Neufahrwasser 20 000 M. zur Errichtung einer Deviationsstation bei Neufahrwasser 30 000 M., ferner zur Erweiterung des Gerichtsgefängnisses in Schleswig 27 400 M., als vierte Rate zur Festigung der Dünen bei Hela 11 000 M., zu Universitätsbauten in Königsberg 140 859 M., für eine Turnhalle in Schleswig 21 700 M.

— Die Regierungsschreiber schreiben sich die Finger wund, um zu beweisen, daß der Beschluß des Reichstags, welcher die Erhöhung der Präsenziffer um 41 000 Mann bewilligte, gar kein Beschluß gewesen sei. In der dritten Lesung würden die Polen, Westfalen, Sozialdemokraten, Elsass-Lothringer, welche in der zweiten Lesung für den Antrag Stauffenberg gestimmt oder sich enthalten haben, durch ihr „Nein“, welches gegen jede Erhöhung der Präsenziffer gerichtet war, den Konservativen und Nationalliberalen zur Ablehnung des Antrags geholfen haben. Die Herren Antoine, Bébel u. Gen. wären dann also den Gouvernementalen angenehme Bundesgenossen gewesen. Damit ist gegeben, daß die Freisinnigen und das Zentrum bereit waren, auch in der 3. Lesung die vollen 468 000 Mann zu bewilligen. Da diese beiden Parteien über 162 Stimmen verfügten, so würden die Stimmen der National-Liberalen gerade ausgereicht haben, das Zustandekommen des Gesetzes zunächst auf 3 Jahre zu ermöglichen. Das die Freisinnigen und das Zentrum für sich allein gegen die Regierung und deren Gesetze machen könnten, das hat noch Niemand behauptet.

— Angesichts der Vorgänge am Grabe Dirichleis sei daran erinnert, daß, als man im Mai 1870 Waldeck das letzte Geleit gab, ihm, dem streng katholischen Manne, auf dem hiesigen katholischen Friedhofe der Protestant Dr. Löwe-Kalte die ergreifende Grabrede hielt. Als man ein halbes Jahr später Twesten zu Grabe tragen mußte, hatte die protestantische Pfarrgeistlichkeit nichts dagegen, daß ihm, dem Sohne eines Hauptträgers der theologischen Wissenschaft in der evangelischen Kirche, der Jude Lasker den letzten Kreuz nachriß; es wird den Leuten, die so weit sich zurückrinnern, nicht verdacht werden können, wenn ein unbekanntes Gefühl sie überkommt bei allem,

wozu wir es in den zwischenliegenden siebzehn Jahren gebracht haben.

— Die „National Zeitung“ macht in einem Leitartikel die Deutschfreisinnigen verantwortlich für die Auflösung des Reichstages und für alle Verfassungswirren, die noch später entstehen können. „Bennigsen hilf“, dieser Rothscheit idet uns in folgenden Worten entgegen: „Vor Allem aber wenden sich die Gedanken in diesen ersten Stunden dem hervorragenden Manne zu, der in der großen Zeit der national-liberalen Partei ihr erster Führer war, Herrn v. Bennigsen. Es ist ein uns von allen Seiten befundetes, dringendes Verlangen weiter liberal und national gesinnter Kreise, daß er in das Parlament und an die Spitze seiner Partei zurückkehre. Eine Vergangenheit, wie die R. v. Bennigens, legt Pflichten auf, deren Erfüllung man wohl einmal für kurze Zeit aus persönlichen Beweggründen ruhen lassen kann, die aber, wenn das Land sich in einer verbündnisvollen Krise befindet, sich gravierend machen. Deutschland kann in diesem Augenblick ei en Staatsmann wie Bennigsen nicht entbehren, und wir vertrauen, daß er sich seinen Landsleuten nicht versagen wird.“ Ob Bennigsen Lust haben wird, diesem Lockrufe zu folgen, wir glauben es kaum, dem kleinenfalls kann er das jetzige Verhalten der Partei gutheißen, an deren Spitze er einmal gestanden hat.

— In den Morgenstunden des 12. d. M. hat auf der Strecke Kreuzen-Altenbergen ein schweres Eisenbahnunglück stattgefunden. Bei einer Güterzugzuge von 150 Achsen war, wie die „Köln. Bieg.“ berichtet, ungefähr in der Mitte die Kuppelung zerriß, so daß der vordere Theil des Zuges sich von dem hintern trennte und vorausfuhr. Als in der Nähe von Altenbergen die Lokomotive nur mit halber Kraft fuhr, stießen die losgetrennten hinteren Wagen mit der durch das starke Gefälle an dieser Stelle ve. mehrten Wucht auf den vorderen Theil, wobei vielleicht 20 bis 30 Güterwagen zertrümmert worden sind. Durch die dabei zur Seite geschleuderten Wagen wurden beide Gleise vollständig mit Wagenrücken, Kohlen und sonstiger Ladung verstopft, so daß die Reiseaden des Berlin-Kösener Kurierzuges umsteigen müssen. Dieselben konnten auf der hier eine Strecke ganz nahe laufenden Linie von Scherfede her nach Altenbergen und von dort auf der gewöhnlichen Linie weiter fahren. Den angestrengten Räumungsarbeiten dürfte es gelingen, die Strecke wenigstens auf einem Gleise heute wieder fahrbar zu machen. Ein höherer Beamter der Eisenbahndirektion Hannover war früh um 5 Uhr bereits an Ort und Stelle. Beider sind drei Bremser, zwei davon schwer durch Abquetschung der Beine, verletzt worden. Dieselben wurden in großen Tragkörben nach Paderborn gebracht. Die Ursache des Unglücks läßt sich vorläufig schwer erklären, da es für die Bremser in derartigen Fällen bestimmte Signale gibt, deren Anwendung den Lokomotivführern wohl zu entsprechenden Maßregeln hätte veranlassen können.

— Auf Grund der von dem Verein deutscher Strafanstaltbeamten früher gefassten Beschlüsse haben sich nach der „Fieker Bieg.“ nunmehr die Bezirks-Regierungen über folgende die Strafgefängnisse betreffende Punkte gutachlich zu äußern. zunächst handelt es sich um den Arbeitsverdienst der Rückfälligen, hinsichtlich deren zur Zeit noch wesentlich dieselben Voraussetzungen, wie für die zum ersten Male Bestraften bestehen, ja, die infolfern noch besser als letztere gestellt sind, als sie in Folge der bisher erlangten Arbeitsfähigkeit mehr verdienen und die zuerst Bestraften in dieser Beziehung zu übertreffen im Stande sind. Um nun die Rückfälligen nach dieser Seite hin schlechter zu stellen, sollen ihnen geringere Arbeitsbelohnungen zu Theil werden. Das zweimal in der Woche vorgeschriebene Rassieren der Bärte der Gefangenen durch damit beauftragte Sträflinge führt verschiedene Nebelstände herbei, so Durchstechereien, Verförderung eines unerlaubten Verkehrs unter den Gefangenen, Zwischenrägereien u. s. w. Deshalb sei es vielleicht ratslich, daß für das Beschneiden der länger gewordenen Bartthaare mittelst einer Scheere einzuführen. Endlich sei das Tabakschnupfen der Gefangenen zu befeitigen.

— Auf den Börsenverkehr hat die Reichsstaatsauflösung nirgends in nennenswerther Weise Einfluß ausgeübt. Man war auf diesen Schritt auch hier vorbereitet und hatte demgemäß seine Vorkehrungen getroffen.

— Nach der „Nordde. Allg. Bieg.“ ist dem dänischen Reichstagsabgeordneten Johansen, Vertreter für Habersleben-Sonderburg, zu seiner silbernen Hochzeit von seinen politischen Freunden „in Form einer Silber-Hochzeitssgabe eine Dotations zum Betrage von 10 000 dänischen Kronen“ übermittelt worden. Dazu bemerkst das gouvernementale Organ: „Bar teidet in Form eines Festes?“ Nun, das ist ein Wink mit dem Zaunpfahl, so schreibt die „Danz. Bieg.“, „Herr Fiskus wird ihn doch wohl verstehen, und wir sind wahrsagig auf dem besten Wege,

dass schließlich auch Geburtstage-, Hochzeits- und ähnliche Geschenke vom Fiskus beansprucht und angenommen werden können. O glückliches neuntes Jahrzehnt des neuzeitlichen Jahrhunderts! Wie herrlich weit haben wir es doch gebracht!

Ausland.

Wien, 14. Januar. Der Postzeit „Lloyd“ meldet: Die österreichisch-rumänischen Handelsverhandlungen sind als gescheitert anzusehen. Rumänen verweigert trotz aller österreichischen Konzessionen betreffs der Getreide- und Viehexporte hartnäckig die für Österreich-Ungarn unerlässliche Meistbegünstigung. — Tisza erklärte gestern in der Sitzung der liberalen Partei, die auswärtige Lage sei ernst, doch nicht kritisch. Gleicher gelte von der Finanzlage Ungarns, über welche anlässlich der jetzt beginnenden Budgetdebatte viel gesprochen werde. Selbst treue Anhänger Tiszias äußerten wegen der bisherigen Wirtschaftsleistung Bedenken. Tisza erwiderte, die Mehrheit solle offen bekennen, ob sie ihn weiter unterstützen wolle, wonach er sich richten würde. Die liberale Partei beschloß darauf die Unterstützung der Regierung bei der Budgetdebatte. — Am Wiedener Theater hat heute Abend anlässlich der Aufführung der Operette „Der liebe Augustin“ eine große deutsch-nationalen Demonstration stattgefunden. Bei dem Lied, welches den Stefansturm als Wahrzeichen des deutschen Wiens preist, brach das ganze Haus unter lebhaftem Handclatschen in stürmische Bravorufe aus. Die Demonstration währt mehrere Minuten. — Die „Politische Korrespondenz“ verzeichnet verschiedene Einzelheiten, welche bekunden, daß Montenegro eifrig rüstet.

Bukarest, 15. Januar. Der neuerrichtete Birkus Sidoli, welcher demnächst eröffnet werden sollte, ist durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Rom, 15. Januar. Zum Empfang der bulgarischen Delegirten sandte heute Abend eine kolossale Demonstration statt. Viele Tausende von Menschen, Vereine mit ihren Fahnen, warteten auf das Einlaufen des Zuges und erstritten geradezu den Bahnhof, so daß der Bahnverkehr eine Stunde lang ganzlich stockte. Die Polizeimannschaften erhielten dem riesigen Andrange nicht gewachsen. Auf Wunsch der Regierung stiegen deshalb die Deputirten außerhalb des Bahnhofs aus, bevor die Vermeidung jedweder Unordnung. Der „Sekolo“ erschien, Menotti Garibaldi habe erklärt, bei einem eventuellen Kriegsausbruch werde er den Bulgaren Freiheit schenken zu führen.

Paris, 15. Januar. Die hiesigen Blätter fordern einschlägig zur Ruhe und Besonnenheit angeholt der chauvinistischen Kundgebungen in Deutschland auf, welche die Militärpartei während der Wahlfahrt gegen ihre Anhänger vorgenommen habe. Nachdem der erste ungünstige Eindruck vorüber, kommt man doch zu der Ansicht, daß Fürst Bismarck nicht das Parlament aufgelöst haben würde, wenn er den Krieg bevorstehend glaubte, daß die Auflösung vielmehr längst beschlossene Sache gewesen und bei Gelegenheit der Militärvorlage nur erfolgt sei, „weil der Kanzler sich damit für die Wahlen eine patriotische Plattform geschaffen habe.“

Provinzien.

Meidenburg, 15. Januar. Der „Wanderer“ schreibt: „Am 12. d. M. kroßen in unserer Stadt 6 polnische Fuhrwerke mit russischen Offizieren und polnischen Herrschäften ein, angeblich um hier Einkäufe zu machen. Wie verlautet, soll sich unter diesen Gästen eine höhere Persönlichkeit befinden haben, welche mit dieser Reise andere Zwecke als Warenausläufe im Auge gehabt hat.“

Danzig, 14. Januar. Bei der hiesigen Steuerbehörde war nach der „Danz. Bieg.“ der Verdacht entstanden, daß die zur Ausübung der steuerfiscalischen Kontrolle in der Zuckerfabrik Braustationen beiden Steuerbeamten sich Pflichtwidrigkeiten zum Nachteil des Fiskus haben zu Schulden kommen lassen. In Folge dessen begab sich gestern auf Anordnung der Staatsanwaltschaft der hiesige Kriminal-Polizei-Inspektor Herr Richard mit mehreren seiner Beamten nach Braust, woselbst unter Mitwirkung zweier höheren Steuerbeamten eingehende Recherchen und Haussuchungen in den Wohnungen der beiden Steuerbeamten R. und S. und eines Maschinisten der Fabrik abgehalten wurden. Bei den Steuerbeamten wurde eine größere Quantität Streuzucker mit Beschlag belegt, ferner wurden einzelne Bücher der Fabrik zur Durchsicht für die Behörden eingefordert. Die Steuerbeamten R. und S. sowie der Maschinist sind verhaftet und so fort dem Gerichtsgericht in Danzig zugeführt worden.

Elbing 15. Januar. Der Danziger Weinsälschungsprozeß sollte im nächsten Monat

zur Verhandlung beim hiesigen Landgerichte kommen. Guten Vernehmen nach ist aber von einem der Danziger Vertheidiger ein Aufschub beantragt worden, weil er ganz neues Material beizubringen, neue Anträge zu stellen gedenkt. Sollte der Gerichtshof darauf eingehen, so würde der Verhandlungsstermin nicht vor Mai angelegt werden. — Der landwirtschaftliche Verein Elbing B. hat seinen Vorstehenden beauftragt, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß in diesem Jahre die reglementsähnlichen Gruppenschauen für den Bezirk Danzig stattfinden, da nur solche Schauen dem Kleingrundbesitzer wirklichen Nutzen schaffen könnten. Die Distriktschau ohne Gruppenschau sei für die gegenwärtigen Zeit- und Agrar-Verhältnisse eine Veranstaltung, die dem kleinen Grundbesitzer gar keine Rechnung trage. (D. 8.)

Babiau. 15. Januar. Nach einer soeben eingetroffenen Nachricht hat sich der Minister der öffentlichen Arbeiten damit einverstanden erklärt, daß die seit längerer Zeit in Folge der Schwierigkeiten bei Hergabe kostenfreien Terrains unterbrochenen pezziniellen Vorarbeiten für die Eisenbahn Königsberg-Babiau-Tilsit, sobald es die Bitterungsverhältnisse irgend zulassen, fortgesetzt werden. Gleichzeitig hat der Minister angeordnet, daß hinsichtlich des im Königsberger Kreise bereits speziell bearbeiteten Theiles der Strecke Königsberg-Babiau die landespolizeiliche Prüfung schleunigst herbeigeführt und demnächst die Feststellung des Projektes beantragt werde. (T. Tgbl.)

Pillkallen. 14. Januar. Die konservative „Agr.“ verkündigte neulich mit triumphirender Miene, daß an der Spitze der Unterschriften der bekannten „Entstüng“-Adresse aus dem hiesigen Kreise Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung der Kreisstadt ständen. Eine Mittheilung in der „Frei. Agr.“ lieferte dazu einen eigenhümlichen Kommentar. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte den Wunsch gehabt, bei dem Kriegsminister um eine Garnison für Pillkallen zu petitionieren. Der Bürgermeister habe nun zur Unterschrift einer Adresse aufgesfordert, und in dem Glauben, daß dieselbe die gewünschte Garnison bezwecke, hatten die meisten Mitglieder der städtischen Verwaltung unterschrieben. Heute finden wir hierzu in der „Agr. Agr.“ eine sogenannte „Berichtigung“ des hiesigen Bürgermeisters Bohland, die recht charakteristisch ist und mit verhältnismäßig geringen Abweichungen jene Darstellung bestätigt. Danach hat am 23. Dezember die hiesige Stadtverordneten-Versammlung die Petition um Erlangung einer Garnison gewünscht. Am 28. Dezember lade darauf der Bürgermeister die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung zur Unterschrift einer Adresse an den Dr. Kriegsminister ein. Dr. Bohland behauptet nun zwar, die Adresse sei den erschienenen drei Mal vorgelesen worden, und es hätten dieselbe alle mit Ausnahme eines Mitgliedes, das politische Bedenken erhob, unterschrieben. Er räumt aber gleichzeitig ein, daß schon auf den 30. Dezember, also zwei Tage danach, die Stadtverordneten zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten seien und beschlossen hätten, „den Magistrat um Nichtabsendung der Adresse zu ersuchen, weil dieselbe irrtümlich unterschrieben sei, und weil diese Kundgebung gegen § 35 Abs. 2 der Städteordnung verstößt.“ Trotzdem ist die Absendung der Adresse erfolgt!!

Tilsit. 15. Januar. Der heutige Kreistag hat die Vorlage wegen unentgeltlicher Hergabe des Landes zum Bau der Tilsit-Ragnit-Pillkallen-Stallupöner Eisenbahn angenommen.

Bromberg. 15. Januar. In der letzten öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde, wie man der „Frei. Agr.“ von hier berichtet, eine Verfügung der hiesigen königlichen Regierung verlesen, in welcher der Magistrat angewiesen wird, bei dem jedesmaligen Antrage auf Bestätigung eines Magistratsmitgliedes u. A. einen vom Gewählten selbstverfaßten und selbst geschriebenen Lebenslauf einzureichen. Die Versammlung beschloß, diese Angelegenheit über welche ein Mitglied referiren sollte, in einer der nächsten Sitzungen weiter zu erörtern. Vielleicht werden nun auch nächstens die von den Bürgern gewählten Vertreter vor irgend einem Beamten, Regierungs- oder Kreis-

sekretär ein Examen ablegen müssen. Das Rückwärtsmarschieren in der Aera Puttkamer macht immer größere Fortschritte.

Bromberg. 15. Januar. Zur Theilnahme an der Gedächtnissfeier des 100jährigen Bestehens der evangelischen Pfarrkirche, welche am nächsten Freitag, den 21. d. Mts., hier stattfindet, sind von auswärtigen Behörden auch der Herr Kultusminister von Göhler, ferner der Herr Oberpräsident Graf Beditz-Trützschler und die Mitglieder des Konsistoriums in Posen eingeladen. Ob der Herr Minister kommen wird, ist nach der „Ost. Pr.“ noch unbestimmt, da gegen haben der Herr Oberpräsident und die Mitglieder des Konsistoriums in Posen ihr Erseinen zugesagt. Nach dem bereits festgelegten Programm wird die Feier tags vorher, Abends 6 Uhr, eingeläutet werden. Morgens 8 Uhr, am 21. d. Mts., wird vom Thurm der Paulskirche herab gblasen werden, dann findet eine Festmusik am Denkmal Friedrichs des Großen, des Stifters der Kirche, statt. Nach dem Festgottesdienste in der Pfarrkirche um 10 Uhr vereinigen sich die Festteilnehmer um 2 Uhr zu einem Festmahl in der Loge. Abends veranstaltet der Kirchgesangverein in der Paulskirche unter Mitwirkung der Sängerinnen Frau Munscheid aus Dresden und Fräulein Posselr von hier ein Kirchenkonzert. —

— Or dem hiesigen Schwurgerichte wurde gestern ein Prozeß wegen betrügerischen Bankerolts bzw. Beihilfe zu demselben gegen den früheren Rittergutsbesitzer Ewald Mittelstädt, dessen Sohn, den früheren Rittergutsbesitzer Ewald Mittelstädt und dessen Ehefrau, ferner den Rittergutsbesitzer Hugo Kunzel-Schonau, die Wirtschafterin Polinska und den Zimmermann Heise, der am Mittwoch begonnen hatte, zu Ende gebracht. Die ersten drei Angeklagten waren angeklagt, obwohl sie ihre Zahlungen eingestellt hatten, zum Nachtheile ihrer Gläubiger Vermögensstücke (totes und lebendes Inventar) bei Seite geschafft und Scheinkäufe abgeschlossen zu haben. Den letzten drei Angeklagten war zur Last gelegt worden, daß sie pierbei Hilfe geleistet, bzw. Scheinkäufe abgeschlossen hätten. Der Rittergutsbesitzer Kunzel, ein Grenzachtbar von Ewald Mittelstädt, der Besitzer auf Batory war, hatte von demselben Bier und Getreide, Ackergeräthe und Maschinen angenommen und darüber ein simuliertes Kaufgesetz abgeschlossen. Der Staatsanwalt hielt die Auflage wegen betrügerischen Bankerolts gegen alle 5 Angeklagten aufrecht; es erfolgte jedoch die Freisprechung derselben, da die Geschworenen die Schuldfragen verneint hatten. Unter den Verurteilten befand sich, wie die „Danz. Agr.“ schreibt, auch Rechtsanwalt Dr. Sello aus Berlin, der in glänzender Rede für die Unschuld seines Klienten eintrat.

Samotschin. 15. Januar. Schon seit Jahren wird danach gestrebt, den sehr lästigen, an der Nöbrück zwischen Samotschin und Weizenhöhe zur Erhebung gelangenden Boll zu beseitigen, es ist aber bis jetzt ein erfreuliches Resultat nicht erzielt worden. In diesen Tagen haben die hiesigen Gewerbetreibenden auf Anregung des Herrn Bürgermeisters Euge dies Angelegenheit erörtert und in freiwilligen Zeichnungen zur Beseitigung des Bolls einen nicht unerheblichen Betrag zusammengebracht. Auch wird, wie die Ost. Pr. hört, Herr Landrat v. Schwieckow auf Margonin Dorf wegen Auhebung des Brückenolls am 17. d. M. mit den Vertretern der beteiligten ländlichen Gemeinden hier verhandeln. Da die hiesige Gegend zum größten Theil nur aus einer sehr armen Bevölkerung besteht, so dürfte es wohl am Platze sein, auch die Bevölkerung aus den Kreisen Wirsitz und Wongrowitz, welche die Straße zwischen Samotschin und Weizenhöhe benutzen, zu Bittungen heranzuziehen oder bestimmte Beträge aus Kreismitteln bzw. aus dem Provinzialfond zu bewilligen.

Lissa. 16. Januar. Betreffs der beabsichtigten Theilung unseres Kreises wird aus ei geweihten Kreisen versichert, daß das Theilungsprojekt entworfen, der Gesetzentwurf darüber vorbereitet ist und dem Landtage vorgelegt werden wird. Nach erfolgter Genehmigung dürfte Lissa schon am 1. Oktober d. J. die Hauptstadt des Kreises Lissa und der Sitz der Kreisbehörden desselben werden. (Bor. Agr.)

Lokales.

Thorn, den 17. Januar.

— [Friedrich-Wilhelm-Schiffenbrüder-Schiff.] Das am vergangenen Sonnabend stattgefundenen Vergnügen war sehr zahlreich besucht. Nach einem von der Kapelle des 8. Pow. Inf.-Regts Nr. 61 ausgeschafften Konzert, daß sich außerordentlich verdienten Erfalls zu erfreuen hatte, begann der Tanz, der die Festteilnehmer bis in den frühen Morgen hinein in ungetrübter Fröhlichkeit zusammen hielt.

— [Kriegerverein.] Der am Sonnabend stattgefundenen Appell wurde von dem Kommandeur, Herrn Lieutenant a. D. Krüger mit der Vorlesung des kaiserlichen Dankes, welchen Sr. Majestät aus Anlaß Seines 80jährigen Dienstjubiläums an den Kronprinzen gerichtet hat, eröffnet. Stehend hörten die Kameraden den Erlass an und begeistert stimmen sie in das vom Kommandeur auf den Kaiser ausgebrachte Hoch ein. — Nach Einführung der neu- bzw. wiedergewählten Vorstandsmitglieder erstattete der Kassierer Herr Wenig den Kassenbericht für das vergangene Jahr. Der Verein zählt 395 Mitglieder, die Einnahme hat 2554, die Ausgabe 1580 M. betragen, von dem Überschuss sind 800 M. in der städtischen Sparkasse angelegt, 173 M. sind baar vorhanden. Der Reservefonds beträgt 1893 M., wovon 1700 M. gleichfalls bei der städtischen Sparkasse zinsbar angelegt sind. Dieses außerordentlich günstige Kassenergebnis ist zum größten Theil den Bemühungen des Kassiers Herrn Wenig zu danken, wohlverdient war der Dank, den die Kameraden demselben abstatten. In die Rechnungs-Revisions-Kommission wurden gewählt die Herren Fuchs, Griesert und Kaliski. — Im Namen sämlicher Kameraden dankte der Kommandeur der Sanitätskolonne, die in ihren Übungen unermüdlich ist, um im Falle eines Krieges Hilfe zu leisten. — Das Krönungs- bzw. Ordensfest wird am 29. Januar im Holbe-Egger'schen Lokale feierlich begangen werden.

— [Im Handwerker-Verein] wird am nächsten Donnerstag Herr Lehrer August Behrendt einen Vortrag halten „Über Geschichte, Wesen und Bedeutung der Stenographie.“

— [Lehrerverein.] In der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung wurden mehrere geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Hierauf wurden die vom Vorstande des deutschen Lehrervereins, sowie vom Vorstande des Provinzial-Lehrervereins vorgeschlagenen Themen zu Vereinsvorträgen zur Kenntnis der Versammlung gebracht und auf Grund dieser Vorschläge die Vorträge für die nächsten Sitzungen bestimmt. Vom Leipziger Lehrerverein war ein Schreiben eingegangen, in welchem um einen Beitrag zum Bau eines Denkmals für Lehrer gebeten wurde. Der Vorstand wurde beauftragt eine Sammlung zu diesen Zwecken zu veranstalten.

— [Das Instrument] mit welchem Bielarski den Zimmerschiffen Wischniewski erordnet hat, ist nunmehr auch dem Herrn Polizei-Kommissarius Fürstenstein gelungen nach vielen Mühen im Garten des Herrn Fortifikationssekretärs Hinz aufzufinden. Es ist dies, nicht wie B. angegeben, ein Floßnagel, sondern ein scharfgeschliffenes Fleischermesser gewesen, das der Mörder nach vollbrachter That von sich geworfen hat. Die ganze Klinge ist mit angetrocknetem Blut bedeckt.

— [Verlorene] ist eine goldene Damensremontouruhr nebst Kette und Medaillon. Näheres im Faserat.

— [Gefunden] sind: auf der Chaussee von der Haltestelle nach dem neuen Leibnitzer Thor ein Pocket, enthaltend 2 Paar weißbaumwollene Strümpfe, ein Stück schwarzen Kleiderstoffes und einen in polnischer Sprache geschriebenen Brief, ferner auf Bremberger Vorstadt eine Plüschtüte und in der Breitenstraße ein Staubhütschlüssel. — Näheres im Polizei-Blatt.

— [Polizeielliges.] Verhaftet sind 14 Personen. — Die Arbeiterfrau Magdalena Sohla hatte am vergangenen Sonnabend aus einem Restaurant eine geschäckte Gans im Werthe von 7,50 Mark gestohlen und das Thier an die wiederholt wegen Hebeleri vor-

bestrafte Arbeiterfrau Donarska für 2 Mark verkauft. Bei letzterer wurde das zerlegte Thier und das bereits ausgebratene Fett vorgesunden. Diebin und Heblerin sind verhaftet.

— [Von der Weichsel.] Das Wasser steigt rasch. Heutiger Wasserstand 1,80 Mr. Im Verhältniß zur Füllte ist das Eisstreifen nur schwach zu nennen, die Eisstopungen in Polen unfern der Grenze halten sämtliches Eis auf, das sich im oberen Laufe gebildet hat. Als Ursache des rapiden Steigens des Wassers sind die Eisstopungen im unteren Laufe der Weichsel von Tordun ab zu bezeichnen. Unter den zeitigen Verhältnissen ist nicht abzusehen, ob und wann sich hier eine feste Eisdecke auf der Weichsel bilden wird.

— [Podgorz, 16. Januar.] In dem geräumigen, festlich und mit der Feier entsprechenden, von Herrn Sattlermeister Schröder angefertigten Emblem geschmückten Saale des Herrn Gastwirth B. Schulz beginnend gestern unsere freiwillige Feuerwehr ihr erstes Stiftungsfest. Die Beteiligung war eine derartig zahlreiche, daß nicht nur der Saal, sondern auch sämtliche Nebenzimmer von Festteilnehmern angefüllt waren. Unter den erschienenen bemerkten wir außer sämtlichen Mitgliedern der Feuerwehr, eine große Anzahl hiesiger Bürger, die Mitglieder der städtischen Behörden, viele Besitzer aus der Umgegend und eine Deputation der Thorner freiwilligen Feuerwehr. Reizend war der zahlreiche Damenflor und wir wollen hierbei gleich bemerken, daß uamentlich die Damen sich prächtig amüsiert haben, denn unermüdlich zeigten sich die Feuerwehrmänner beim Tanze, der seinen Anfang nahm, nachdem zwei reizende Lustspiele „Man soll den Teufel nicht an die Wand malen“ und „Ein Ständchen im Komitor“ durch ihre vorzülichen Aufführungen die Anwesenden in die heiterste Stimmung versetzten hatten. Den Herren Bürgermeister Kübaum und Sattlermeister Schröder sind die gut gelungenen Arrangements zu danken, Herr B. Schulz hat durch vorzüliche Speisen und Getränke nicht minder zum Gelingen des Festes beigetragen. Unsere Feuerwehr hat sich bereits bei einem Brande bewährt, ihr wird von allen unsren Bürgern große Sympathie entgegen getragen.

Telegraphisch Börsen-Depesche.

Berlin, 17. Januar.

	15. Jan.
Russische Banknoten	190,25
Warschau 8 Tage	189,80
Pr. 4%, Consols	106,40
Polnische Banknoten 5%	59,75
dr. Liquid. Bankbriefe	55,50
Westfl. Bankdr. 1/2%, neu. II.	99,30
Credit-Aktion 12,80 Buschlag . . .	479,50
Oester. Banknoten	161,25
Disconto-Comm.-Anth. 6,50 Abschlag .	205,00
Weizen: gelb April-Mai	167,00
Mai-Juni	168,75
Voco in New-York	98c
Loco	131,00
April-Mai	132,70
Mai-Juni	133,00
Juni-Juli	133,75
Roggens:	133,50
locos	46,20
April-Mai	46,50
Mai-Juni	46,50
Nübel:	46,20
April-Mai	37,80
Mai-August	38,80
Bechel-Discont 5%. Vombard-Ginsburg in den . . .	40,40
Staats-Anlei 5% für andere Effekten 6% . . .	40,40

Spiritus-Depesche.

Königsberg 17. Januar.

(b. Portatius u. Grothe)	
38,00 Vrf. 37,75 Geld 37,75 bez.	

Januar 38,00 " 37,50 "

Telegraphische Depesche

der „Thorner Ostdeutschen Zeitung.“

Berlin, 17. Januar. Im Abgeordnetenhaus wurden zu Präsidenten resp. Vizepräsidenten die Herren Höller, Heremann, Benda per Aklamation wieder gewählt, sie nahmen dankend die Wahl an. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Am Donnerstag Statsberathung.

Breitenstr. 443 ist die 1. und 3. Etage zu vermieten. Th. Rückert.

Familienwohnungen zu vermieten bei Kwiatkowski, Gerechtstr. 112.

1 Wohnung, 4 Zimmer, Entree und Zubehör, 3. Etage, vom 1 April zu verm.

O. Szczepiński, Alter Markt 162.

Im neuen Hause ist eine freundliche Wohnung, 2 Zimmer und Zubehör, zu ver-

mieten. Garnek, Jakobsstr. Nr. 230a.

1 möbl. Zimmer d. G. Gerberstr. Nr. 73 I.

3 Zimmer, Kab. u. Zub. d. verm. Elisabethstr. I, 2 Tr. Näh. b. Fr. Hirschberger's Wo.

Wohnung zu vermieten Schuhmacherstr. 419.

Die 2. Etage, 5 Zimmer und Zubehör, sowie parterre ein Comtoir zum 1. April zu vermieten.

Carl Neuber, Baderstr. Nr. 56.

Fertige Herren-Garderobe wie auch nach Maß billigt. M. Berlowitz, Butterstr. 94.

Anna Piotrowska,
Joseph Przybyszewski,
Berlobte Grutta. Schönensee.

Ordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung.

Mittwoch, den 19. Januar 1887, Nachmittags 3 Uhr.

Tagesordnung:

- Betr. die Verwaltungsordnung für das Wilhelm-Augusta-Siechenhaus
- Statut des Wilhelm-Augusta-Siechenhauses.
- Antrag auf Bereitstellung von 5500 M. aus dem Depositiverwaltungsfonds zur inneren Ausstattung des Siechenhauses.
- Betr. die Bildung eines Vereins gegen Hausbetrüger.
- Betr. Regelung der Pensionierungsvoraussetzungen der Lehrer an den sogenannten Mittelschulen aller Art.
- Betr. die Grundsätze bei Beleihung ländlicher und der vorstädtischen Grundstücke.
- Betr. Zuschlagserteilung auf das von dem Chauvezollerheber Krugz. abgegebene Meistgebot zur Pachtung des Stadthauses Nr. 1 von jährlich 1205 M. für die Zeit vom 1. April 1887 bis 1890.
- Betr. Zuschlagserteilung auf das von dem Kaufmann Blum abgegebene höchste Pachtgebot von jährlich 604 M. für den städtischen Zwinger am Gerechtigkeits-Thor auf die Zeit vom 1. April 1887 bis dahin 1890.
- Betr. Vergabe der Drucksachen für die städtische Verwaltung pro Jahr 1887/88 an den Buchdrucker besitzer E. Lambeck zum offiziellen Preis von 60% unter den Normalpreisen.
- Antrag auf Genehmigung zur Beleihung des Grundstücks Thorn Reußstadt Nr. 248 mit noch 3000 M. hinter den bereits für die Stadt zur ersten Stelle eingetragenen 3360 M.
- Antrag auf Entbindung des Rentier Simon Barnabé vom dem mit ihm unter dem 5. September 1886 abgeschlossenen Pachtvertrag und Genehmigung zur anderweitigen Vermietung des alten Thurmgebäudes Altstadt Nr. 400 als Speicher oder dergl.
- Antrag auf Gewährung von 45 Mark Umzugskosten - Entschädigung an Hilfsförster Schliwert für den Umzug von Smolnik nach Olsed.
- Betr. Ablauf der Wahlperiode des Herrn Stadtbaurats Nehberg.
- Betr. Wahl des Königl. Forst-Ausschuss Schönen zu Wartemärker zum städtischen Oberförster.
- Betr. die Feststellung der Rayon - Entschädigung bei Fort IVa.
- Antrag des Magistrats auf Genehmigung zur Aufhebung des mit dem Handelsmann Hugo Warlmann - welcher in Konkurs gerathen ist - abgeschlossenen und noch bis zum 31. März 1888 laufenden Vertrages bezüglich der Errichtung des rathäuslichen Gewölbes Nr. 15 schon zum 1. April er.
- Thorn, den 14. Januar 1887

Der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung
ges. Böthke.

Bekanntmachung.

Die beiden Gewölbe Nr. 13 (Gewerbehalle) und Nr. 17 im hiesigen Rathause sollen auf weitere 3 Jahre vom 1. April 1887 bis d. h. hin 1890 anderweit vermietet werden.

Wir haben hierzu einen Bidschitions-termin auf

Donnerstag, den 20. Januar 1887,

Vormittags 11 Uhr im Sitzungssaale der Stadtverordneten - im Rathause 2 Treppen hoch - anberaumt, zu welchem Mietsbewerber hierdurch eingeladen werden.

Die Bedingungen liegen in unserem Bureau 1 zur Einsicht aus.

Thorn, den 24. Dezember 1886

Der Magistrat.

Aar

Freitag, den 21. Januar cr., Vormittags 10 Uhr

werde ich in der Pfandkammer des hiesigen Königl. Landgerichts

eine vollständige Schneiderwerkstätte-Einrichtung, als:

Zuschneide- u. Bügeltisch, Bügelsoßen mit ca. 10 Bügelseisen, Garderobenständen.

1 Partie Damenwintermäntel, sowie Sommer-Jacquets 1

Reisepelz, 2 Nähmaschinen

einige Herrenanzüge und außerdem 1 Strumpfstrickmaschine, 1 Harmonika, 1

silberne Cylinderuhr sowie eine größere Partie Cigarren

öffentlicht meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Nitz, Gerichtsvollzieher.

Brüderstraße 33 eine kleine Wohnung zu vermieten.

Für die Redaktion verantwortlich: Gustav Kutschke in Thorn.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von Fleisch, Brod und sonstigen Lebensmitteln für das städtische Krankenhaus und für das städtische Siechenhaus auf der Bromberger Vorstadt soll auf das Jahr 1. April 1887/88 dem Mindestfordrunden übertragen werden.

Der Bedarf beträgt:

- für das städtische Krankenhaus etwa 50 Centner Rind, 5 Ctr. Kalb-, 3 Ctr. Hammel-, 2 Ctr. Schweinefleisch, 150 Ctr. Roggenbrot, 15 Ctr. Weizenbrot.
- für das Siechenhaus voraussichtlich 15 Ctr. Rind, 1 Ctr. Schweinefleisch, 60 Ctr. Roggenbrot, 3 Ctr. Weizenbrot.
- ferner für beide Anstalten voraussichtlich 3 Ctr. inländisches Schweinefleisch, 12 Ctr. Aramat - Reis, 14 Ctr. Graupen (mittelstarl), 11 Ctr. Buchweizen-Grüne (mittelstarl), 11 Ctr. Hafser - Grüne (geholtene), 11 Ctr. Gersten - Grüne (mittelstarl), 25 Ctr. Weizenmehl, 4 Ctr. Reisgräser, 125 kg. (2 Ballen) Guatemala-Kaffee, 50 kg. (1 Ballen) Java-Kaffee (gelb), 10 Sac Salz, 12 Kisten Haarnudeln und etwa 300 Eimer Eis.

Angeboten auf diese Lieferungen sind versiegelt bis zum

5. Februar 1887,

Mittags 12 Uhr, bei der Oberin des städtischen Krankenhauses unter Beifügung der Proben eingereichen und zwar mit der Aufschrift „Lieferung von Lebensmitteln.“

Um 12½ Uhr an dem gebrochenen Tage werden die Angebote geöffnet werden.

Den Bieter bleibt überlassen, den ganzen oder nur einen Theil des Bedarfs anzubieten, insbesondere nur für das Krankenhaus, oder nur für das Siechenhaus.

Die Lieferungsbedingungen liegen in unserm Stadtsekretariat zur Einsicht aus. Gegen Erstattung der Kopialien wird Abschrift davon erhältlich.

In den Angeboten muß die Erklärung enthalten sein, daß dieselben auf Grund der gelehrten und unterzeichneten Bedingungen abgegeben worden sind.

Thorn, den 13. Januar 1887.

Der Magistrat.

Berloren

auf dem Wege Schulstraße, Bromberger Vorstadt, Glacis, II. Linie, eine goldene Damencronometruhr mit plattem Deckel und graviertem Name am Glase, ferner eine mattgoldene 2 strahlige Kette, Spieker in Form einer Schleife, daran ein schwarzes Onyx Medaillon. Abzugeben gegen Belohnung Bromberger Vorstadt, II Linie, Nr. 188 bei Herrn Lieutenant Krafft, 42. Regt., kom. zum Pionier-Bataillon.

Gelegentlich des Stiftungsfestes der freiwilligen Feuerwehr in Podgorz ist ein weißseidenes Tuch

ahhanden gekommen. Abzugeben bei B. Schmul, Podgorz.

Ein neuer Herrenpelz (Fuchs) für 50 Mark zu verkaufen Annenstr. 185, 1 Tr.

Münchener Löwenbräu

in Flaschen empfohlen M. Kopczynski, Bier Depot.

Vorzüglich gut schmeckendes helles Schönbuscher u. Münchener

Bier, Reichhaltige Speisekarte, Billige gute Weine empfohlen A. Mazurkiewicz, Eingetroffen fr. Austern.

Kräftigen Mittagstisch in und ausser dem Hause, Abonnenten 80 Pf., vorzügliche Biere, sowie eine reichhaltige Speisekarte empfohlen Br. Schachtschneider, (vorm. Baumgart) Schäferstr. 413.

Pappelstämmen verkaufen Regitz b. Bahnhof Thorn.

Durch gute Rohrwerke aus den Kämpfen verkaufe jeden gewünschten Posten bedeutend billiger als bisher.

Bandumfang 15 Zoll. Beyer p. Elbing. E. Grünau.

Ein Spazier-Schlitten zu verkaufen Kl. Gerberstr. Nr. 74.

Einen Lehrling zur Bäckerei sucht G. Sichtan, Culmerstraße.

G. Sichtan, Culmer